

"Die Öffentlich-Rechtlichen werden in die Bedeutungslosigkeit fallen, wenn sie so weitermachen."

Interview mit Lothar Bisky,
Parteivorsitzender von "Die Linke" und medienpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion „Die Linke“

Von Robin Meyer-Lucht

Die "Linke" hat einen verheerenden Zustandsbericht zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk veröffentlicht: Es handelte sich um ein "autistisch abgeschlossenes System, das nur noch mit sich selbst" kommuniziert. Er würde seinen Qualitäts-, Vielfalts- und Kulturauftrag vernachlässigen. Es würde an effektiver Kontrolle, Aufsicht und Transparenz fehlen – so das Ergebnis der Studie "Öffentlich-rechtlicher Rundfunk zwischen Wettbewerb und Kultur", die die Partei kürzlich vorlegte.

Download der Studie: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7756795454.pdf>

FK: Herr Bisky, in Ihrem Vorwort zur Studie "Öffentlich-rechtlicher Rundfunk zwischen Wettbewerb und Kultur" warnen Sie vor einem "kompletten Identitätsverlust der öffentlich-rechtlichen Sender" und einem "Zusammenbruch des dualen Rundfunksystems". Sie übertreiben.

Wer die Öffentlich-Rechtlichen schützen will, muss jetzt auf Reformen dringen. Wir können nicht Jahrzehnte warten, bis es dann möglicherweise zu spät ist. Die immer weitere Annäherung der öffentlich-rechtlichen an die privaten Programme halte ich für einen großen Fehler. In den Nachmittagsprogrammen der Öffentlich-Rechtlichen findet eine massenkompatible Verramschung von Sendezeit zugunsten minderwertiger Soaps statt. Auch manche andere Programmteile im dualen System nähern sich an. Die Mainstreamisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist nicht zu übersehen.

Die Mainstreamisierung entspricht doch gerade dem Selbsterhaltungsreflex des Systems.

Meine Generation möge die Öffentlich-Rechtlichen damit einigermaßen zufrieden stellen, aber die nächste Generation gewinnen sie so nicht. Wenn sie so weitermachen, werden sie in Zukunft in die Bedeutungslosigkeit fallen. Wer die Zukunft der Öffentlich-Rechtlichen im Auge hat, muss die Frage beantworten, wie sie sich bei den zukünftigen Generationen profilieren können. Hierzu bedarf es einer Rückbesinnung auf den öffentlich-rechtlichen Kernauftrag und einer neuen Verständigung hierüber. Das ist der Ansatzpunkt unserer Reformvorschläge.

Was muss passieren, damit die Öffentlich-Rechtlichen ihren Qualitätsauftrag ernster nehmen?

Ich denke, dass man über die Formulierung des Programmauftrags diskutieren sollte. Wir sollen hierüber eine kontroverse Debatte oder zumindest einen Diskurs entfalten, was das heute heißt. Wir können ja nicht so tun, als sei das Fernsehen von heute noch vergleichbar mit dem Fernsehen von vor zehn Jahren. Es bricht sehr viel um. Darüber zu diskutieren, was digitale Grundversorgung sein soll, erscheint mir wichtig.

Die Öffentlich-Rechtlichen verhalten sich aber wie ein "autistisch abgeschlossenes System, das nur noch mit sich selbst kommuniziert", wie es in Ihrer Studie heißt.

Es ist ein großes Demokratiedefizit in der Medienpolitik zu konstatieren. Die zentralen medienpolitischen Weichenstellungen erfolgen nicht in den Parlamenten, sondern in den Staatskanzleien der Ministerpräsidenten und in der Rundfunkkommission der Länder. Das ist ein intransparentes, expertokratisches Gremium. Demokratische Teilhabe gibt es dort nicht. Die Landesparlamente haben nur Abnick-Rechte. Sie können nur noch mit Ja oder Nein stimmen. Bei Rundfunkstaatsverträgen ist das digitale Zeitalter längst eingeläutet.

Wenig Demokratie fördernd wirkt wohl auch, dass Medienpolitik hierzulande streng genommen ein Zwei-Parteien-Geschäft ist.

Es ist bemerkenswert, dass die letzte Gebührenerhöhung von zwei Ministerpräsidenten einfach gekürzt wurde. Das war reiner Feudalismus. Wir haben es hier mit einer Zwei-Parteien-Autokratie zu tun. Einer der einstmaligen führenden Sozialdemokraten, Egon Bahr, hat mir die bundesdeutsche Medienordnung mal so erklärt: Es gibt zwei große Parteien, und solange sie sich über die Besetzung der entscheidenden Posten verständigen, wird es keine Gefahr für

das System geben. Ich denke, da ist einiges dran. Die Parteien-Autokratie ist schädlich für alles Öffentlich-Rechtliche. Sie stellt ein großes Demokratiedefizit dar, auch wenn sie natürlich rechtsstaatlich legitimiert ist. Weder die Ministerpräsidenten der SPD noch die Ministerpräsidenten der CDU/CSU lassen eine besonders reformfreundige Seite erkennen. Sie profitieren ja auch von diesem System. Von denen wird keine Reform ausgehen.

Bei Ihren Reformansätzen spielen die Gremien eine zentrale Rolle. Sie wollen dort keine Parteienvertreter mehr sehen.

Die Zusammensetzung der Gremien ist aus meiner Sicht ein zentraler Hebel. Ich bin dafür, dass keine direkten Parteienvertreter in die Rundfunkräte entsandt werden. Natürlich: Parteien kann man nicht gänzlich raushalten. Aber wir brauchen vor allem mehr Sachverstand in diesen Gremien. Ich würde die Politiker einfach rausnehmen. Wir sollten aufhören "Sitzdelegierte" in die Gremien zu schicken. Wir brauchen Leute, die engagiert für eine effektive Erfüllung des Programmauftrags streiten. Von diesen teilweise unkritischen, gelangweilten Abnick-Veranstaltungen hat keiner etwas.

Die Linke ist ja auch eine Partei mit Hang zum utopischen Denken. Wie lautet Ihre Utopie eines guten Mediensystems?

Im Kern möchte ich ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem, in dem die Kreativen mehr und die Verwaltungen weniger zu sagen haben. Im gesamten Mediensystem sollte die Ökonomie die Inhalte nicht diktieren, sondern den Kreativen dienen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten Instrumente haben, um ihren Einfluss und ihre Interessen zeitnah geltend zu machen. In diesem Zusammenhang wäre eine Art Media Watch sicher auch sehr hilfreich, um Kritik professionell zu bündeln.

Im Zuge des neuen Rundfunkstaatsvertrags geht es nun auch darum, die Rolle der Öffentlich-Rechtlichen im Internet genauer zu beschreiben. Was ist Ihre Position?

Ich bin dafür, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten in der neuen digitalen Medienwelt ihre Chance bekommen. Der kulturelle Umbruch, der uns alle mit der Digitalisierung ereilen wird, der findet jetzt statt und da müssen die Öffentlich-Rechtlichen tätig werden. Aber auch bei Art und Ausrichtung der öffentlich-rechtlichen Online-Angebote gibt es Reformbedarf. Ich würde mir wünschen, dass Meinungsbildung hier eine größere Rolle spielt. Die Höhepunkte öffentlich-rechtlicher Online-Angebote können nicht 100-Sekunden-Nachrichtenshows sein.

Die Studie moniert auch den hohen Anteil von Sportsendungen am öffentlich-rechtlichen Programm. Ist diese Verwendung der Gebührengelder zu rechtfertigen?

Auf den Wettbewerb um Sportrechte zu immer absurderen Summen würde ich gerne verzichten. Er ist von den Öffentlich-Rechtlichen ohnehin nicht zu gewinnen. Die Gebote treiben nur die Kommerzialisierung des Sports voran: Je mehr beide Seiten des dualen Systems sich hier streiten, desto mehr freuen sich die Kommerzialisierer des Sports.

Ist das öffentlich-rechtliche System zu der Kurskorrektur in der Lage, die Sie fordern?

Die Geduld derer, die gern den Sieg der Privaten hätten, ist begrenzt. Ich höre sehr wohl die Stimmen derer, die sagen, die Privaten können es besser und die Öffentlich-Rechtlichen brauchen wir nicht mehr. Ich habe Angst, dass diese Tendenz stärker wird. Wer will, dass die journalistische und kulturelle Qualität der öffentlich-rechtlichen Programme bestehen bleibt und gestärkt wird, der muss jetzt auf Reformen drängen.